

Rede

Staatssekretär Dr. Markus Kerber

„Heimat und Integration als Grundpfeiler gesellschaftlichen Zusammenhalts“

auf dem

4. Gesellschaftlichen Dialog Migration & Integration - Zukunftskongress für Zusammenhalt in Deutschland und Europa

8. November 2018, Berlin

(im Rahmen des Eröffnungsplenums

„Gradmesser Gesellschaftlicher Zusammenhalt: ‚Klima-
veränderung‘ in Deutschland und Europa für Migration
und Integration?“)

Es gilt das gesprochene Wort

Zeichen: derzeit 16.000 (ca. 16 Minuten)

Stand: 05.11.2018

1. Einführung - Heimat gibt Halt in einer sich verändernden Welt

Der israelische Historiker Yuval Noah Harari stellt in seinem Buch „21 Lektionen für das 21. Jahrhundert“ eine interessante Parabel zwischen dem Wissen der Menschheit über ihre Zukunft auf – heute und vor tausend Jahren. Wenn man im Jahr 1018 ein Bauer auf dem Land war, gab es unbestritten viele Dinge, die man nicht verstand - zum Beispiel wie man Pest und Cholera heilt oder welche Form die Erde hat. Die eigene Zukunft hingegen war vorgezeichnet. Man wurde als Bauer geboren und würde auch als Bauer sterben, genau wie die eigenen Kinder und Kindeskinde.

Tausend Jahre später ist unser Wissen enorm gewachsen: wir können Pest und Cholera heilen, und wir wissen nicht nur, dass die Erde eine Kugel ist, sondern wir können sie sogar aus dem Weltraum heraus betrachten. Dagegen ist unsere eigene Zukunft und – in noch stärkerem Maße – die unserer

Kinder und Kindeskinde unvorhersehbar geworden. Ein Kind, das heute geboren wird, hat eine gute Chance, das 22. Jahrhundert zu erleben. Welche Kenntnisse können wir ihm heute mitgeben, die ihm in 70 oder mehr Jahren helfen werden? Das wissen wir schon lange nicht mehr so eindeutig wie es der Bauer vor eintausend Jahren wusste. Wenn wir ganz ehrlich mit uns sind: wir wissen es überhaupt nicht.

Wenn wir uns also im Jahr 2018 anderen Fragen und Herausforderungen stellen müssen als vor tausend Jahren, so sind diese Fragen dennoch nicht weniger bedeutsam, ja existentiell, als sie es damals waren. Mit dem rasanten technologischen Fortschritt müssen sich die Menschen ständig an neue Anforderungen anpassen, im Wissen, dass zum Beispiel die Digitalisierung viele Arbeitsplätze weiter umgestalten, wenn nicht gar ersetzen wird.

Noch nie gab es größeren Druck, kontinuierlich Neues zu lernen - und damit auch nie mehr Möglichkeiten, sich immer wieder neu zu erfinden.

Damit wird zugleich der Grundkonflikt zwischen Fortschritt und menschlicher Existenz beschrieben. Der Mensch ist ein Gewohnheitstier - das wissen wir alle. Der sich immer stärker beschleunigende Fortschritt, die rapiden gesellschaftlichen Veränderungen fordern jedoch eine Veränderungsbereitschaft, die viele in unserer Gesellschaft nicht - oder nicht mehr - haben. Das führt zu Verunsicherung, Abgrenzung, Ablehnung und zuweilen auch ganz einfach zu Trotz. Zutiefst menschliche und vielfach auch verständliche Emotionen. Und diese Emotionen prägen zunehmend den politischen Diskurs. Das bekommen wir täglich immer stärker zu spüren. Globalisierung, Digitalisierung, Urbanisierung und demografischer Wandel haben sich zu zentralen Dimensionen der Frage entwickelt, was unsere Gesellschaft eigentlich im Kern zusammenhält.

Ein deutliches Zeichen dieser Veränderungen ist die globale Migration. Auch sie muss als Ergebnis

eines ständigen Wandels und einer erhöhten Mobilität in einer globalisierten – aber gleichwohl leider keineswegs friedlichen – Welt verstanden werden. Und auch wenn sie nur eine Ausprägung des Wandels ist, so wirkt sie sich stärker als andere Themen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt aus. Denn es geht nicht um abstrakte Bits und Bytes, es geht um Menschen, die kommen, um ein sichereres, ein besseres Leben zu finden. Konkreter, erfahrbarer, sichtbarer, fühlbarer kann Veränderung kaum sein.

Trotzdem: das Migrationsgeschehen und die daraus resultierenden Herausforderungen bei der Integration können nicht alleiniger Gradmesser des gesellschaftlichen Zusammenhalts sein. Vielmehr – und hier setzt die Heimatpolitik des Bundes an – müssen wir die veränderungsbedingte Verunsicherung der Menschen ernstnehmen. Das betrifft ganz verschiedene Lebens- und Politikbereiche. Nur so kann man verstehen, wie sich das gesellschaftliche

Klima, wie sich die öffentliche Meinung verändert und wie man darauf einwirken kann.

Wir müssen Querbeziehungen herstellen zwischen den Herausforderungen von Migration und Integration und dem Gefühl der Menschen, in manchen Regionen Deutschlands von der wirtschaftlichen Entwicklung und den kulturellen Möglichkeiten abgeschnitten zu sein und von den globalen Veränderungen „überrollt“ zu werden.

Um diesen Querbeziehungen Rechnung zu tragen, haben wir im Innenministerium eine neue Abteilung eingerichtet, was für viel Aufsehen gesorgt hat. Die sogenannte „Heimatabteilung“. Dabei geht es uns jedoch nicht um Brauchtumpflege oder „Deuschtümelei“ - im Gegenteil. Wir wollen durch die Verbindung integrativer, strukturpolitischer und räumlicher Maßnahmen das Vertrauen der Menschen in ihr Umfeld und in den Staat stärken. Denn das ist es, woran meiner Ansicht nach der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland - wie in vielen anderen Ländern der westlichen Welt - derzeit krankt.

2. Heimatpolitik

In einer sich ständig verändernden Welt sind Fragen der Identität und der Identifikation mit unserem Land wichtiger denn je.

Wenn die Politik in Deutschland das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger erhalten will, muss sie die Wurzeln der Vergangenheit mit dem Gestaltungswillen der Zukunft verbinden.

Auch wenn viele das bezweifeln: Ich bin zuversichtlich, dass uns das gelingen wird. Denn wir verfügen über eine Eigenschaft, die uns dabei besonders zugutekommt: Unsere enge emotionale Bindung an unsere Herkunft, unsere regionalen Wurzeln, kurz unsere Heimatliebe. In Amerika spricht man von der „*German Heimat*“ und meint einen ganz besonderen Sehnsuchtsort damit. Nicht ohne Grund ist „Heimat“ ein Begriff, der nicht einfach in andere Sprachen übersetzt werden kann.

Wie heimatverbunden wir Deutsche heute tatsächlich sind, zeigt eine repräsentative Erhebung, die

vor kurzem im Auftrag des Innenministeriums durchgeführt wurde. Acht von zehn Befragten in Deutschland halten den Begriff „Heimat“ für wichtig oder sehr wichtig. Nahezu alle gesellschaftlichen Gruppen empfinden Heimatgefühle, ob jung oder alt, ob aus Stadt oder Land, aus Ost oder West.

Häufig sind es die Erfahrungen mit der Familie oder dem engsten Umkreis, die Identität stiften und Halt bieten. Vielen geht es dabei auch um die eigene Wohngegend und die Nachbarschaft, mit der man vertraut ist. Geteilte Werte, eine gemeinsame Sprache und Sicherheit sind die Eckpfeiler des Heimatempfindens.

3. Heimatpolitik und Integration

Die starke Migration der vergangenen Jahre nach Deutschland stellt dieses Heimatempfinden erst einmal auf die Probe. Das sollten wir nicht schönreden. Die Menschen fragen sich: Haben diejenigen, die zu uns kommen, das gleiche Wertegerüst? Teilen sie unsere gesellschaftlichen Normen und Gewohnheiten? Können wir uns mit ihnen verstän-

digen, sprechen sie unsere Sprache? Und das ganz unabhängig von jeglicher moralischen und humanitären Verpflichtung, Menschen, die vor Krieg und Verfolgung flüchten, zu helfen. Diese Verpflichtung ist unbestritten und steht nicht zur Disposition.

Wie kann es uns gelingen, diese Menschen zu integrieren und dennoch der Verunsicherung vieler „Altsassen“ Rechnung zu tragen? Denn zu dem Gefühl, generell in unserer Gesellschaft den Anschluss zu verlieren, kommt bei einigen - beileibe nicht allen - die Angst vor Konkurrenz. Zum Beispiel Konkurrenz

- um Plätze an staatlichen Schulen und Kindergärten,
- um bezahlbare Mietwohnungen,
- um den Zugang zu Sportvereinen oder Schwimmkursen

Integration gelingt da, wo ich dazugehören will und darf. Das „dazugehören dürfen“ hängt dabei nicht nur von Recht und Gesetz des aufnehmenden

Staats ab, sondern auch von der Bereitschaft der aufnehmenden Gesellschaft. Unsere Integrationspolitik muss beide Aspekte stärken: die Integrationsbereitschaft derer, die zu uns kommen, und die Aufnahmebereitschaft derer, die bereits hier leben.

Aufnahmebereit, sprich offen, sind wir aber nur, wenn wir mit unserem eigenen Leben, mit unseren Lebensverhältnissen im Großen und Ganzen zufrieden sind. Doch wie ist es um die Lebensverhältnisse in Deutschland bestellt? Wo lebt es sich wie gut - oder wo nicht so gut?

Die neue Heimatpolitik - eigentlich heißt es besser: heimatbezogene Innenpolitik - des Innenministeriums widmet sich genau diesen Fragen. Wir sind gerade dabei, die Lebensverhältnisse in Deutschland anhand ausgewählter Indikatoren (z.B. Distanz zu Arbeitsplatz, Arzt oder Schule, Pro-Kopf-Einkommen, Wohnverhältnisse, Breitband- und Mobilfunkversorgung) zu vergleichen. Sobald wir die Ergebnisse haben, können wir mit konkreten

Maßnahmen ansetzen, damit die Menschen gerne leben, wo sie leben:

- egal, ob in Großstädten oder ländlichen Regionen.
- egal, ob es sich um „Altsassen“/Einheimische oder Zuwanderer handelt

Die Regierungskommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“, die Ende September ihre Arbeit aufgenommen hat, wird hierfür den Rahmen setzen. Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Darum wirken nicht nur der Bund, sondern auch die Länder und Kommunen in der Kommission mit. Bis Mai 2019 sollen erste Handlungsempfehlungen vorliegen. Der Abschlussbericht soll im Juli 2019 veröffentlicht werden.

[Anrede]

Sie sehen, wir haben uns viel vorgenommen. Doch das ist der Bedeutung der Aufgabe auch angemessen.

Wir müssen etwas tun gegen

- marode Schulen
- schlechte Infrastruktur
- mangelnde Gesundheitsversorgung auf dem Land und
- langsames Internet

Wenn die Menschen überall in Deutschland gute Lebensbedingungen für sich und ihre Familien sehen - wenn sie gerne leben, wo sie leben - dann kann auch die Integration von Zuwanderern besser gelingen. So können wir es schaffen, dass sich die Angst vor dem Neuen in Neugier verwandelt.

4. Fordern und Fördern

Durch die Zuwanderung der letzten Jahrzehnte ist Deutschland kulturell vielfältiger geworden. Das ist nicht für alle einfach zu akzeptieren - auch vor dieser Wahrheit dürfen wir uns nicht drücken. Die

Diversität von Lebensentwürfen ist für beide Seiten, für Zuwanderer und für die Aufnahmegesellschaft, oft eine Herausforderung.

Hier gilt es, die Balance zwischen gesellschaftlichen Regeln und Freiheiten zu wahren. Ich zitiere Karl Popper:

„Uneingeschränkte Toleranz führt zum Verschwinden der Toleranz“.

Wir können für Intoleranz gegenüber unseren grundlegenden Werten, die in unser Grundgesetz und der daraus gewachsenen Werteordnung eingeflossen sind, nicht tolerant sein: Die Freiheit der Person, die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Religionsfreiheit, die Meinungsfreiheit - um nur einige wichtige zu nennen. Diese Rechte und Werte müssen von allen Menschen, die hier leben wollen, geachtet und befolgt werden.

Deshalb erwarten wir von berechtigten Zuwanderern nicht nur das Erlernen unserer Sprache und den Willen zur Integration, sondern auch, dass sie

- unsere Gesetze achten und befolgen
- die Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens erlernen und beachten und
- unsere tradierte Lebensweise respektieren.

Für all, die das nicht tun, hat das Konsequenzen. Unser Rechtsstaat darf kein zahnloser Tiger sein. Unsere offene Gesellschaft muss ihre Offenheit verteidigen dürfen.

Zugleich ist es als Staat, als Gesellschaft, aber eben auch unsere Aufgabe, den Integrationsprozess zu fördern – durch Sprachförderung, Beratung und Qualifizierung. Wir dürfen nicht nur das Mitwirken der Zuwanderer einfordern, wir müssen sie auch einbeziehen in unser Leben, wirtschaftlich wie sozial. Auch das ist für gelingende Integration unabdingbar. Wir müssen berechtigten und integrationswilligen Zuwanderern alle Chancen geben, in Deutschland eine Heimat finden zu können.

Deutschland hat in der Vergangenheit vielfach Toleranz bewiesen und erfolgreiche Integration ermöglicht. Das sollten wir stets in Erinnerung behalten. Ebenso wie die Tatsache, dass Integration oft ein langer Weg ist, bei dem Konflikte nicht ausbleiben. Doch jeder Konflikt bietet auch Chancen: die Chance, eine Situation neu zu bewerten und nicht nur das Verhalten des anderen, sondern auch das eigene zu reflektieren. Die Chance, aus Fehlern zu lernen.

5. Schluss

[Anrede]

Heimat - ich habe es schon öfter an verschiedener Stelle gesagt - ist dort, wo ich dazugehören will und darf. Ethnische und kulturelle Vielfalt kann zur wirtschaftlichen und kulturellen Stärkung beitragen, sie kann bereichern.

Dafür müssen aber beide Voraussetzungen - das Dazugehören-Wollen und das -Dürfen - erfüllt sein. Wo ich mich nicht integrieren will, werde ich nicht

willkommen sein, und wo ich nicht willkommen bin, da werde ich mich nicht integrieren.

Beide Aspekte, Integrations- wie Willkommensbereitschaft zu stärken, das sehe ich als Aufgabe guter Integrations- und Heimatpolitik. Wir haben bereits viel getan, um die Integrationsbereitschaft von Zuwanderern zu fördern, und werden dies zukünftig in noch größerem Umfang und noch besser tun.

Die Willkommensbereitschaft der eingewohnten Bevölkerung zu stärken, ist jedoch keine minder schwere oder kurzfristigere Aufgabe - im Gegenteil. Wir müssen auch dieser Seite zuhören und - vor allem - mehr für sie tun.

Ich sehe dieser Aufgabe mit großer Tatkraft und Freude entgegen. Doch es geht nur gemeinsam, wenn wir alle mitmachen - Bund, Länder, Kommunen, Zivilgesellschaft. Integration ist nichts für Feiglinge. Packen wir's also an - damit unsere Gesellschaft auch weiter zusammenhält!